



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Erhalt von Minijobs und keine weitere Verteuerung geringfügiger Beschäftigung

Aktuell seit 08.09.2026 11:24:29

Angegeben von:

METRO AG (R002142) am 08.09.2026

Beschreibung:

Die von der Bundesregierung eingesetzte Alterssicherungskommission hat in ihrem Abschlussbericht vom 23. Juni 2026 empfohlen, den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus von Minijobs abzuschaffen. Die Empfehlungen sollen nach einer Verständigung des Koalitionsausschusses von CDU/CSU und SPD vom 2. Juli 2026 noch in diesem Jahr umgesetzt werden. METRO setzt sich für den Erhalt von Minijobs in ihrer bisherigen rechtlichen Ausgestaltung ein und lehnt eine Erhöhung der für Arbeitgeber bei Minijobs geltenden Pauschalabgaben und -steuer ab.

Betroffene Interessenbereiche (3)

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (4)

SGB 4 [alle RV hierzu]

SGB 5 [alle RV hierzu]

SGB 11 [alle RV hierzu]

EStG [alle RV hierzu]